

Bezirks-Consum-Verein Neuenbürg.

Wie empfehlen unseren Mitgliedern ab Lager oder franko Haus

Union-Briketts,
Anthracit-Eiformbriketts,
Rufkohlen.

Der Vorstand.

Neuenbürg.
Morgen



Schlachtpartie
bei
Holl z. „Traube“.

Neuenbürg.

Ein kleineres
Wohnhaus
in gutem Zustande zu kaufen
Anzahlung und
Herstellung.

Zu erfragen in der Enztäler-
Geschäftsstelle.

Neuenbürg.
**Zimmer-
Wohnung**
1. März zu mieten
Angebote unter Nr. 200 an
Enztäler-Geschäftsstelle.

**Deutsche Bau- und Wirt-
schafts-Gemeinschaft** sucht
orts rührige

Bertreter.

Angebote an die Enztäler-
Geschäftsstelle.

Conweiler.

Eine trächtige
Ziege
zu verkaufen
R. Proh.

Obernhausen.

Eine schwere
**Fahr-
Ruh,**
Wochen traglich (3. Kalb),
kauft
Ernst Wolfinger alt.



Bistzen-Karten
Wochliche Ausschreibung

8. Februar 1930.

Zeige.

heute abend meine
utter und Schwieger-
geb. Schmidt,

den Hinterbliebenen:
reas Rapp
hüftigen.

nachmittag 1 Uhr.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
1.50. Durch die Post
in Ost- und Oberamts-
bezirk, sowie im In- und
auß. Verh. 1.80 m. Post-
zuschlag. Briefe frei.
Preis einer Nummer
10 f.

In Fällen hoh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückhaltung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Austrägerinnen
lediglich entgegen.

Verantwortl. Hr. 4.

Hr. Rantz Nr. 24
O. N. - Gasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der G. Meichschen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 34. **Dienstag den 11. Februar 1930.** 88. Jahrgang.

Deutschland.
Berlin, 10. Febr. Nach dem Vorbild des Reichspräsidenten und des Reichstagspräsidenten sowie der Reichsregierung und der Preussischen Regierung hat nunmehr auch der Bayerische Gesandte in Berlin sich entschlossen, die beabsichtigten größeren gesellschaftlichen Empfänge und Bierabende ausfallen zu lassen, und hat dafür einen entsprechenden Betrag dem Verein der Bayern in Berlin zu Unterstützungszwecken überwiesen. — Im preussischen Unterrichtsministerium sind Erwägungen im Gange, die Festsetzung von „Betragen und Aufmerksamkeiten“ aus den Schulzeugnissen zu Eltern dieses Jahres abzuschaffen.

Reinhold zur Lage.
Frankfurt a. M., 9. Febr. Der Reichsfinanzminister a. D. Reichstagsabgeordneter Dr. Reinhold sprach in einer Mitgliederversammlung der demokratischen Partei in Frankfurt über politische Tagesfragen. Der Diskussionspunkt über den Eintritt der Demokraten in die württembergische Regierung und den Ausschluss Ulrich Mühs aus dem Reichsverband der demokratischen Jugend gegenüber wies Dr. Reinhold darauf hin, daß jede Art politischer Absperrung und Exkommunikation sei. Ebenso unangebracht sei die Methode, bei Koalitionsoverhandlungen lediglich aus Parteirücksichten über Komit und über dafür qualifizierte Persönlichkeiten zu verhandeln. Von einer Fusion der demokratischen Partei mit der Volkspartei könne heute keine Rede sein. Waldenauers Abtritt, das Statistat durch eine erhöhte Biersteuer abzugeben, sei durchaus richtig, und es sei auch ein abolut gesunder Gedanke, die neuen Anforderungen aus der Arbeitslosenversicherung aus der Reihe der anderen Versicherungssträger zu befriedigen.

Wach des noch.
Unter dieser Epithete schreibt der „Tärner“: Die zweite Schiffsflotte sind die Verbandstruppen ausgerüstet. Ihre Kasottentocher nahmen sie mit, aber 15000 uneheliche Kinder liegen sie da. Fünfzehntausend! Was soll aus diesen werden? Der Rheinische Frauenbund nimmt sich ihrer an. Allein er kämpft denselben mühseligen Kampf wie unsere Diplomaten im Haag. Die Kriegs- und Außenminister von Paris und London haben jeden Anspruch abgelehnt. Nun ist der fünfzehntausendfältige Streifschiff bei den fremden Gerichten anhängig. Wenn auch dieser Schritt scheitert, dann rechnet der Frauenbund noch vertrauensvoll auf Genf. Der deutsche Entschluß ist nun einmal unumkehrbar. Ihm steht auch die einmal Entschlossenheit bevor. Selbst im zwölften Friedensjahr wirft der Feind noch immer seine Tanks und Vangorobergeschütze in die Wiege des Rechts. Ueberdies ist die Lage so eigenartig, daß aus denselben Rechtsgründen, womit wir uns gegen den einen Gegner vielleicht durchzusetzen vermöchten, der andere uns einen Strich drehen kann. Nach gesunder Logik gilt natürlich für Kinder des Reichslands das deutsche Bürgerrecht, also die Alimentationspflicht des Vaters. Allein dem stellt sich ein enghirniges Gesetz entgegen: ein Gesetz von hochwütiger Drogenhärte, wonach ein großbritannischer Staatsbürger gegen sein uneheliches Kind nur dann Pflichten hat, wenn dieses „unter englischer Flagge“ geboren ist. Man ließe sich ja zuweilen denken, daß gerade dies für das Reichsland zutrifft. Denn hat nicht über Wiesbaden der Union Jand gewohnt? Damit gäbe man jedoch nur den Franzosen zur weiteren Weigerung den bequemsten Vorwand. Denn unter deren Dreifarbentanz gilt der Satz des cede Napoleon, der den unehelichen Vater grundsätzlich freigeht. So wird auch das auf Deutschland hängen bleiben. Noch weit mehr als die finanzielle Tragweite aber läßt auf dem, der sein deutsches Volk liebt, der moralische Druck der Nachricht. Allein schon in dem schmalen Bezirk der zweiten Zone also haben sich nicht weniger als 15000 deutsche Mädchen weggehört an Hände ihres Vaterlandes. An Leute, die zehn Jahre lang mit der hochmütigen Härte des Siegers aufgetreten sind. Man läßt diese Schande im eigenen Drogen brennen und erscheidet über die Schlüsse, die das Ausland daraus zieht. Die Ueberfälle schwarzer und weißer Franzosen waren französische Schande. Diese 15000 unehelichen Kinder aber sind deutsche. Darin liegt auch die treibende Ursache unserer Niedertrags. Solange das deutsche Volk seine Ehre und seine Würde nicht besser wahr, so lange ist auch seine Hoffnung des Wiederaufstiegs.

Der verachtete Leidenlauf der R.P.D.
In den von der R.P.D.-Entwicklungen des sozialdemokratischen Senator Ehrenreit in der Hamburger Bürgerstiftung über den beabsichtigten Ankauf der Leiche des bei den Hamburger Unruhen erschossenen 10jährigen jungen Menschen durch die R.P.D. veröffentlicht der „Vorwärts“ einen Brief des Vaters und des Großvaters des Erschossenen. In dem festgestellt wird, daß die von Herrn Ehrenreit in der Bürgerstiftung vorgetragene Behauptung in allen Einzelheiten den Tatsachen entspricht. Als sich der Großvater des Erschossenen in einem Lokal nach den näheren Umständen des Unglücks erkundigte, wurde ihm von 2 Herren erklärt, sie seien bereit, ihm die Einzelheiten mitzuteilen, wenn ich mich bereit erkläre, die schriftliche Zustimmung der Eltern herbeizuführen, daß die R.P.D. die Bestattung vornehmen könne. Da sie annehmen könnten, daß es um in materieller Beziehung nicht gut gebe, läme es ihnen für diesen Fall auch auf ein paar tausend Mark gar nicht an. Darauf erwiderte ich den beiden Unterhändlern, daß ich mich über solche Dinge unter keinen Umständen einlassen könne. Wir haben, so heißt es am Schluß des Briefes, die Polizei gebeten, uns den Besuch der R.P.D. bei der Bestattung unseres Jungen vom Friedhof fernzuhalten.

Der Bericht der Reichspost.
Berlin, 8. Febr. Die Deutsche Reichspost veröffentlicht soeben ihren Bericht über das dritte Viertel (Oktober-Dezem-

ber) des Rechnungsjahres 1929. Der Verkehr ist in fast allen Betriebszweigen gestiegen; im Paket- und Telegrammverkehr sind die Vorjahreszahlen nicht ganz erreicht worden. Im Kalenderjahr 1929 wurden insgesamt rund 25.600 neue Poststellen eröffnet. Der Jahresumsatz belief sich auf 766,8 Millionen Buchungen über 160,7 Milliarden Reichsmark, davon 29 v. H. bargellos. Das Postbedeutgaben betrug am Jahresende 688,9 Mill. RM. Die Zahl der Sprechtellen im 1929 um rund 38.200 auf 3.115.928 gestiegen. Im Auslandsverkehr wurden in der Berichtzeit rund 629.100 Posttelegramme bearbeitet. Die ersten neuen Rundfunksender werden bei Mühlacker an der badisch-württembergischen Landesgrenze und in Dellsberg (Choreschen) errichtet werden. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer belief sich am 31. Dezember 1929 auf rund 3.067.000 (1928: rund 2.436.000). Vom Juli bis September sind 217 Schwarzfahrer rechtskräftig verurteilt worden. Im Kassenabfluß für das Berichtsjahr wurden die Einnahmen mit rund 591 Millionen Reichsmark, die Ausgaben mit rund 693 Millionen Reichsmark ausgewiesen.

Kommunistische Vorkämpfer.
Berlin, 9. Febr. Ueber den Ausverkauf der kommunistischen Partei wies der „Vorwärts“ heute noch einige Einzelheiten nachzutragen: Den Stellen, denen die Druckereien und die sonstigen Betriebe zum Kauf angeboten worden seien, hätten die Kommunisten das Geschäft dadurch schmaler gemacht, daß sie betonten, es könnte etwa eine Million Mark an dem Wosten Löhne und Gehältern gespart werden. Der „Vorwärts“ stellt nun fest, daß in den ersten 10 Monaten des Jahres 1929 in den 10 kommunistischen Unternehmen insgesamt etwa 2,5 Millionen Mark an Löhnen und Gehältern bezahlt worden seien und bemerkt dazu: Was bei solcher Sparsamkeit von einer Million bedeutet, das können die Arbeiter und Angestellten der kommunistischen Betriebe wohl ermessen. Die Veranschlagung der Vermögensobjekte bedeutet somit die Konteroffenerklärung des kommunistischen Wirtschaftskollaps. Man muß die Betriebe in kapitalistische Hände überleiten, um sie existenzfähig zu erhalten. So will man aus dem Zwang herauskommen, den Arbeitern Löhne zu zahlen, mit denen sich zwar noch eufien ein agitatorisch drohen läßt, die aber die Betriebe zugrunde richten.

Einheitliche Stellungnahme des Zentrums in der Steuerfrage.
Berlin, 9. Febr. Der Vorstand der Zentrumsfraktion gibt folgende Erklärung heraus: Ein kollektives Blatt berichtet heute in einem Artikel „Der Kampf um die Steuererhöhungen“ über den Verlauf der am 7. Februar stattgefundenen Vorsitzersbesprechung, daß in den Ausführungen der 3 Redner des Zentrums keine einheitliche Stellungnahme zum Ausdrück gekommen sei. Diese Verlegung, deren Zweck sehr durchsichtig erscheint, ist absolut falsch. Den von dem Fraktionsführer Dr. Brüning mit aller Deutlichkeit vertretenen Standpunkt der Zentrumsfraktion im Sinne des bekannten Vorstoßes, der die Sanierung der Reichskasse vor der endgültigen Annahme des Haager Abkommens forderte, hat der Minister Dr. Brüning in der euidentlichen Erklärung unterstrichen, daß die 3 Zentrumsmitglieder in dieser Frage mit der Reaktion solidarisch seien. Der dritte Redner, Abgeordneter Esser, hat sich vom Standpunkt eines Bertreters des besetzten Gebietes aus ebenfalls mit unbedingter Klarheit für die Forderung des Zentrums ausgesprochen. Die morgige Sitzung der Zentrumsfraktion wird in ihrem Ergebnis beweisen, daß alle Sozialisationen auf eine Verleidenheit der Auffassungen innerhalb des Zentrums in dieser Frage verfehlt sind.

Der deutsche Eiermarkt.
Berlin, 10. Febr. Der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich hat in Verbindung mit dem Ankauf für Geflügel- und Eierverwertung eine Bewegung für die Selbstversorgung mit Frischfleisch hervorgerufen. Auf einem Vorkonferenz wurde heute über den Kampf gegen die ungeheure Konkurrenz des Auslandes, vor allem Englands, gesprochen. Deutschland hatte im Jahre 1928 einen schätzungsweisen Gesamtverbrauch von rund 8,2 Milliarden Eiern. Davon kamen drei Fünftel aus der eigenen Erzeugung und zwei Fünftel vom Auslande. Im Reichsernährungsministerium, wo im Rahmen des Kooperationsprogramms für die Landwirtschaft die Förderung der Geflügelzucht und der Eierverwertung 4 Millionen eingelegt wurden, ist man der Meinung, daß es möglich sei, die gewaltige Einfuhr von Eiern und auch von Geflügel zu stoppen. Es würde dazu eine Steigerung der Produktion der Hennen um 30 bis 50 Prozent genügen. Die Bemühungen des Reichsernährungsministers Dietrich sind in erster Linie darauf gerichtet, eine Zusammenfassung der Bauern zu gemeinsamer Vorkämpfung zu erreichen und auch den Abzug der Waren an den Großhandel zu organisieren. Deshalb würden in ganz Deutschland 17 Zentrals für den Eierabfluß ins Leben gerufen. Die Finanzierung würde so vorgenommen, daß die einzelnen Sammelstellen und Verwertungsgesellschaften keineswegs Geld, sondern nur die erforderlichen Ausrichtungen für die Durchleuchtung, Verpackung und Lagerung der Eier erhielten. Bis zum Jahresende 1929 hatten sich 121 Eierverwertungsgarven gebildet.

Ausland.
Paris, 10. Febr. Vorkämpfer v. Doesch hatte Sonntag mittag eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Lardien. Gegenstand der Unterredung bildete die Frage der parlamentarischen Behandlung der Erträge der Haager Konferenz in den beiderseitigen Volkswirtschaften.
Madrid, 10. Febr. Graf Romanones bezeichnete die Errichtung eines liberal-konstitutionellen Systems als die einzige Rettung der Monarchie in Spanien.

Wagnispreis:
Die einpaltige Preizelle über deren Raum 25 f., Reklamir-Selle 80 f., Kollektiv-Wagnis 100 f., Zuschlag, Offerte und Ausschreibung 20 f. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerjahres bisfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zahlungsbedingungen treten sofort alle früh. Verbindungen außer Kraft.
Berichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufs. wird keine Gewähr übernommen.

Schober's Heimreise.
Bundeskanzler Schober ist mit den Herren seiner Begleitung auf der Rückreise nach Wien am Sonntag früh in Graz eingetroffen, wo ihm ein feierlicher Empfang bereitet wurde. Der Bundeskanzler begab sich mit dem Handelsminister, dem Innenminister und dem Landeshaushalt von Steiermark und anderen Festgästen zur Eröffnungsfest der neuen Brücke über die Weir, die in Stadlerburg als Verbindung zwischen Österreich und Südböhmen rehat wurde. Auch in Stadlerburg wurde ihm am Bahnhof eine feierliche Begrüßung durch die Stadtgemeindervertretung zuteil. Als Vertreter der tschechischen Regierung nahmen an der Feier der Landeshaushalt des Banats, Warburg, mit Funktionären der tschechischen Regierung teil. Nach der Feier begab sich Schober mit den Ministern und Festgästen nach Graz zurück, wo er am Nachmittag im Beisein des Unterrichtsministers zum Ehren doktor der Grazer Universität promoviert wurde. Nach der Promotion trat der Bundeskanzler mit den Ministern und seiner Begleitung die Fahrt nach Wien an, wo er nach sechs-tägiger Abwesenheit gegen 10 Uhr abends eintraf. Auch in Wien wurde dem Bundeskanzler trotz der späten Abendstunde ein herzlich Empfang bereitet.

Die französisch-russische Vereinigung zum Verschwinden Antisemitismus.
Paris, 9. Febr. Der der Gruppe Marins angehörige Abgeordnete Soulier, Vorsitzender der französisch-russischen Vereinigung, die sich die Verteidigung der französischen, russischen und alliierten Interessen in Russland an den ehemaligen russischen General Miller, der an Stelle des Verschwundenen die Leitung der wehrfähigen Emigranten übernommen hat, ein Schreiben gerichtet. Darin bringt er seine Entrüstung über die wehrfeindlich von gemeinsamen Feinden, den Kommunisten, ausgeführte Tat zum Ausdruck, die mitten in Paris unter Aufsicht der französischen Polizei und der Gastfreundschaft vollbracht worden sei, die Frankreich nicht gegen den ausgewanderten Russen, den Verteidiger der guten Sache, gemüht habe. Die öffentliche Meinung in Frankreich sei der Ansicht, daß diese verwerfliche Handlung nicht nur die gesamte russische Emigrantenwelt treffe, sondern infolge der Verletzung der Freiheit auch Frankreich, das die Freiheit als eines der heiligsten Güter derer ansehe, die auf seinem Boden leben.

Kreuzzug gegen Russland.
In dem Handschreiben an den Kardinal Bourneil, in dem der Papst kürzlich Protest gegen die Religionsverfolgungen und Kirchenverbündungen in Sowjetrußland einlegt und auflädt, daß er am 19. März im Petersdom eine Fuß- und Säulenmesse lesen werde, erinnert der Papst daran, was er selbst und sein Vorgänger, Papst Benedikt XV., bereits getan hätten, um dem schrecklichen bolschewistischen Unrecht ein Ende zu bereiten und um Hunderttausende von Kindern vor dem Verderben zu retten. Er wendet sich besonders gegen die russische Liga der Gottlosen, deren Führer und Organisatoren unvorsichtige, unverantwortliche Jugend in schändlicher Weise mißbrauchen, indem sie diese zu ruflosen Dandlungen verleiten und zur Verhöhnung von Gottesbildern und zur Schändung von religiösen Emblemen anstiften. Zum Schluß fordert der Papst die Katholiken wie auch die übrigen Christen der ganzen Welt auf, ihre Gebete mit seinem Gebete für ein baldiges Aufheben der Frevel in Rußland zu vereinen. Der Protest des Papstes gegen die Christenverfolgungen in Sowjetrußland hat in England beträchtlichen Eindruck gemacht. Die „Morning Post“ nimmt für sich das Verdienst in Anspruch, den Schritt des Papstes durch ihre seit Wochen verfolgte Kampagne für eine Aktion der Kirchen zugunsten der Gläubigen in Rußland herbeigeführt zu haben. „Wir sind stolz darauf“, schreibt das Blatt, „den Anstoß zu dieser Aktion gegeben zu haben. Wir entnehmen aus ihr eine neue Hoffnung auf die wachsende Einigung des Christentums, das im Mittelalter Europa in den Kreuzzügen vereinte.“

Neue Schwierigkeiten auf der Rotenkonferenz.
London, 10. Febr. Die 4 Hindernisse, die sich gegenwärtig einer fruchtbareren Fortführung der Verhandlungen in den Weg stellen, seien in folgendem zusammengefaßt: „Erstens: Amerika hat die Botschaft seines Vorkämpfers vom Donnerstag verlassen. Staatssekretär Stimson, der den Vorkämpfer selbst verhandelt, hat einen neuen Plan ausgearbeitet und in Washington vorgelegt, der den einzigen Fortschritt des Washingtoner Abkommens, die Vernichtung von Schlachtschiffen — nämlich Vernichtung in der Reihenfolge des Alters — fallen läßt. Statt dessen wird eine neue Formel für die Verteilung der Partal zwischen den Schlachtschiffen Englands und Americas niedergelegt, wonach in erster Linie ihre Bestattung und Verschwindenheit berücksichtigt werden soll. Man erkennt den Einfluß der Admiralitäts-Sachverständigen in der amerikanischen Delegation, denen nicht entgangen war, daß die englischen Schlachtschiffe den amerikanischen an Kampfkraft und Geschwindigkeit in jeder Richtung überlegen sind. Die amerikanische Beweisführung ist: Wenn nur das Lebensalter berücksichtigt wird, vernichtet England lediglich seine langsamen und wertlosen Einheiten, während es eine Schlachtschifflotte zurückbehält, deren langsame Einheit 2 Knoten fährt und deren niedrige Bestattung 13,500 Tonne wären. Demgegenüber wäre die schnellere amerikanische Einheit nicht schneller als die langsamste britische, während nur 3 Schlachtschiffe 14500 Tonne für den unbeteiligten Beobachter, der diese Beweisführung untadelig findet, bleibt nur das dunkle Moment, warum diese Gesichtspunkte nicht gleich in den ersten amerikanischen Vorschlag aufgenommen wurden. Jetzt zeigt sich die englische Unflexibilität über diese offensichtliche Kurvenwendung auf das vernünftige Überrascht. Zweitens: Das antiliche Japan

...hin mußte
...noch am Abend
...die rechte große
...Beratung zur Folge
...keine tödliche Wirkung
...2 Sachverständige. Der
...in Weidlingen. Seine
...Wunde; sein Vater hat
...Wunde erschossen. Am
...der Angeklagte erstmals
...später immer wieder
...der Werkstatt untauglich
...eine Gesamtgefängnis-
...Der Angeklagte wurde
...wegen Körperverletzung
...Lottislag zu der Weid-
...Gefängnis verurteilt.
...Die Kosten hat der

Dr. med. Schreyer von
Sonntag, 5. Mai u. J.
...20-jährigen Kaufmann
...töberragend vor sich zu
...recht Kavensburg frei-
...schießen werden, daß er
...erkannt habe, der Ver-
...entkommenen Kadaver
...regung an das Auto ge-
...ind wieder erbeben und
...ind Hien und Bewusst-
...ten Tags den Tod.

Antsgericht besaßte sich
wieder einmal die Leicht-
...bedeutet. Unter dem
...berand es ein hiesiger
...lung beschäftigt war, in
...en, nicht weniger als 17
...Beträge von 23 bis 2700
...1800) Markt. Außerdem
...bei sich 42 Reute meliten,
...tion mit 100 Markt. Der
...Gefängnis bestraft.

Hofschillingball im Saal-
...einen Eierschalenaustritt
...veranlaßt den Jungen
...er neben dem „Saalbau“
...er muß den Lebensmühen
...ert haben. Er schrie um
...Unglücksfällen aus dem
...wo er sich wieder erholte.
...und Landtagsabgeord-
...igen Gemeinderatsmitglied
...Anleihe von 2 1/2 Millionen
...Abhang vermitteln konnte.
...er Zeit sälligen Landar-

Großen Schöffengericht
...die im Oktober und Ro-
...nung durch eine Reihe
...unruhigen; der 21 Jahre
...ten und der gleichzeitige
...den zusammen mit dem
...im Gefängnis tödlich ver-
...man selbsteigenen Plänen
...leben Schwestern aus-
...den die Begeisterer an
...sie und verabschieden sie
...waren in allen Hüllen ge-
...eb andere Taten auf dem
...nichts nachweisen. Eine
...nicht aufgeklärt. In
...ten an, daß sie sich noch
...befunden hätten. Schöne
...nem Fall, Bandenraub in
...einem Falle und wegen
...Belangheitsstrafe von
...belger erhielt wegen Ban-
...denraubes in einem Fall
...eine Gesamtgefängnisstrafe
...Berurteilung nahmen den
...auf.

...edendem Maße zu. Auf
...wirtschaftliche Arbeiter in
...hätt's ermaßt, das Gäß
...erschossen würt in Ne!
...genem Lachen, während
...auf und nieder wogen.
...ich zu alt," antwortet
...nem Ernst. „Hab' meine
...haben mich nie beiß ge-
...nen Jahren haben wir's
...und ich, daß wir mit
...mollen. Denn erst -
...ogreicher, ich möcht der
...am Vergiß ein Platz
...inverstanden.“

...raten?“ fragt der Groß,
...die Worte so glatt von
...alles in Aufrucht ist bei
...ch! Aber sie wird müd
...lnad kommt, weiß er
...ein geht's wie auf der
...haffer Tost losgemacht.
...zung tangen wie wilde

...ndlichstern! Und glaub
...ein?
...der Großteiler, will es
...zweitenmal soll sie nicht
...bloß um ein Dach über
...bewahren — und dann
...Denken über sie los sein.
...berzeugt, daß nur das
...immer wieder zu ihr
...iner jemand umgedrückt
...sind, weil der Tod

Rezept an Lichtmeß fanden 50 Amedye Anstellung; die Nach-
frage nach rund 120 Dienstmägden und jugendlichen Arbeits-
kräften beiderlei Geschlechts, sowie nach Weibern, blieb ohne
Erfolg.

Schwere Explosion in Kulmbach. Samstag morgen wurde
das Haus Oberwagen Nr. 9 durch eine Gasexplosion fast voll-
ständig zerstört. In dem Hause wohnte die Mutter des in die
Reichsdienst-Affäre verwickelten Arbeiters Popp, der am
Abend zuvor sein Gehändnis widerrief. Die Mutter des Popp
wurde getötet. Die Explosion ist zweifellos auf einen Selbst-
mord der Frau Popp zurückzuführen, der im Zusammenhang
mit der Nordbayer Reichsdienst-Affäre zu stehen scheint. Die Ex-
plosion wurde dadurch herbeigeführt, daß ein Anfaßrohr
an der Gasgasleitung von der Frau abgeschraubt wurde.
Ebenso ist festgestellt, daß an dem Gasleitungrohr unterhalb
des Abfaßrohles gefesselt wurde. Die neben der rechten Hand
der Frau Popp aufgefundenen Fänge läßt deutlich erkennen,
daß sie damit an den Abfaßrohr gefesselt hat, um
dieses abzuschrauben zu können.

Dochsenanlauf. Freitag abend sprangen auf der Ventü-
röhre eines Dochsen der Kruppschen Dochsenanlage in
Effen-Vordel die Sicherkeitsklappen auf. Durch die ausströ-
menden Gase erlitten 2 Arbeiter und 3 Arbeiter schwere Gas-
vergiftungen. Drei von ihnen wurden gerettet, bei einem
Arbeiter und einem Arbeiter konnte nur noch der Tod festgestellt
werden.

Entgleister Beamter. Vor dem Schöffengericht Tempelhof
hatte sich der Obergerichtsvollzieher Müller wegen Unterbil-
dung zu verantworten. Müller war früher ein außerordentlich
wertvoller und ehtlicher Mensch und man fand vor einem
Wahel, als seine Unterbilgungen ans Tageslicht kamen. Dann
aber stellte sich heraus, daß er ein wahrer Korbhändler war,
der zunächst täglich mit 10 oder 12 Kognak begann und
schließlich ein Quantum von täglich 2 Flaschen Kognak und
etwa 30 bis 40 Flaschen Bier vertilgte. In diesem Zustande
nahm er dann seine Amtshandlungen vor und schließlich wußte
er überhaupt nicht mehr, ob das Geld, das er bei sich trug,
sein eigenes oder das von Korbhändlern war. Das Gericht
verurteilte Müller zu einem Jahr und einem Monat Zuch-
t haus sowie 100 Mark Geldstrafe wegen Amtsunterbilgung in
gewinnlicher Absicht und wegen Untreue. Die Strafe, die
das Gericht gegen Müller verhängte, ist die gesetzliche Mindest-
strafe. Das Gericht empfahl dem Angeklagten, der jetzt wieder
in geordneten Verhältnissen lebt, ein Gnadengesuch einzurufen.
Kaller erklärte jedoch, Verzicht gegen das Urteil ein-
legen zu wollen.

Das Gefändnis der Berliner Frauenmörder. In dem
Rechtsmord an der Klavierlehrerin Zimmer aus der Steinweg-
straße in Berlin erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die
beiden Täter, ein 27 Jahre alter Müller und ein 26 Jahre
alter Arbeiter haben sich im Laufe des gestrigen Tages bei
der Polizei nacheinander selbst gestellt. Der arbeitlose Müller,
der am Montag bei der Ermordeten kleinere Arbeiten geleistet
hatte und am Donnerstag wieder kommen sollte, war mit
seinem Freund, den er erst kürzlich in der Herberge kennen
gelernt haben will, am Donnerstag wieder zu Fräulein Zim-
mer gegangen, die ihm mitteilte, daß sie zwar keine Arbeit
habe, ihm aber Zeiterlaubnis und Geld geben wolle.
Als die beiden merkten, daß niemand weiter in der Wohnung
war, schlugen sie ihre Opfer nieder, fesselten es an Händen und
Füßen und steckten ihm einen Knebel in den Mund. Sie durch-
wählten die Möbel und fanden dabei etwa 30 Mark bares
Geld. Die Wände und Anzüge des Untermeisters packten sie
in einen Koffer und fuhren dann mit ihrer Beute in die
Bärnstraße in der Aderstraße. Beide behaupteten, daß sie
nicht die Absicht gehabt hätten, die Frau zu töten, die noch
gelebt habe, als sie die Wohnung verließen.

Aufgeklärter Lustmord. Der Kriminalpolizei in Hannover
ist es in Zusammenhang mit der Leipziger Kriminalpolizei
gelungen, den Lustmord in Reustadt am Kübenberg am 26.
April u. J., dem die achtjährige Schülerin Irmgard Stolle
zum Opfer fiel, aufzuklären. In Leipzig war im Dezember
ein 21jähriger Burche festgenommen worden, der eingekerkert,
in Leipzig ein 13jähriges Mädchen und einen 13jährigen Knaben
ermordet zu haben. Da die Taten ähnlich wie die in
Reustadt am Kübenberg ausgeführt waren, legte sich die Kri-
minalpolizei Hannover mit der Leipziger in Verbindung und
es gelang ihr, den Täter noch während der Eisenbahnfahrt
nach Hannover zu überführen. Dabei gab er einen Mittäter
an, der aus Berlin stammt. Die Täter hatten seinerzeit das
Mädchen in der Nähe der Ruhobadanstalt getroffen, es in eine
Kabine geschleppt, vergewaltigt und dann ermordet.

Ins Mittelmeer gekürt. Ein Verbrechen, das die
Verbindung zwischen Alger und Marseille berührt, ist am
Sonntag mit 3 Mann Besatzung bei Cap Wear in der Nähe
von Perpignan ins Meer gekürt. Das Flugzeug wurde von
dem heftigen Sturm, der an der französischen Südküste herrscht,
abgetrieben. Augenzeugen bemerkten, wie ein heftiger Windstoß
das Flugzeug auf die Küste warf, wo es zerfiel. Im Augen-
blick des Aufschlagens geriet der Apparat in Flammen und
wurde vollkommen vernichtet. Von den 3 Insassen des Flug-
zeugs konnte bisher keine Spur entdeckt werden. Wahrscheinlich
sind sie ertrunken.

Wegen 100 Dollar lebenslanglich Zuchthaus. Eine 28 J. a.
Französin namens Ruth St. Clair wurde in Rom vor wegen eines
Verdachts auf Lebenslangliches Gefängnis verurteilt. Sie
hatte sich dieses Vergehens zum dritten Mal schuldig gemacht.
Nach dem vor kurzer Zeit angenommenen, nur für den Staat
Kewport gültigen sogenannten Baumergesetz steht auf den
vierten Diebstahl einer Person Zuchthaus für Lebenszeit. Dies
ist der erste Fall, wo das Gesetz gegenüber einer Frau zur
Anwendung kommt. Die gestohlenen Waren bestanden aus einer
Haar-Perücke und Schlafanzügen im Gesamtwert von noch
nicht 100 Dollar.

Verbrechen in Mexiko. Wie Berliner Blätter aus Mexiko
melden, sind der aus dem Amt scheidende und der neu gewählte
Bürgermeister der Stadt Almirra einem Verbrechen zum Opfer
gefallen. Sie bestanden sich bei einer zu Ehren der neugewählten
Stadtvertretung veranstalteten Feyer, bei der auch die für den
Barnesal gewählte Schönheitskönigin gefeiert werden sollte,
als ein in der Gesellschaft anwesender Unbekannter plötzlich
eine Pistole zog und beide Bürgermeister mit tödlich wirkenden
Schüssen niederstreckte.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 10. Febr. (Conderproduktendürfe.) Auf dem Ge-
treidemarkt sind 1- abgelaufener Berichtsmode keine wesentlichen
Veränderungen eingetreten. Die Weizenmärkte vom Ausland waren
meistens etwas billiger. Aus den bekannten Gründen konnte sich
[doch kein lebhafteres Geschäft entwickeln. Es notierten 1-100 R:
Weizenmehl 28.25-32 (28.75-32.75), Weizen 25-26 (26
bis 26.50), Sommergerste 18.50-20.50 (19-21), Hafer 14.50-15.50
(15-15.50), Weizen 8-9 (amerikaner), Weizen 9-11 (am),
braunroter Stro 4.50-5.25 (am), Weizenmehl 41.25-41.75
(41.75-42.25), Weizenmehl 31.25-31.75 (31.75-32.25), Kleie 8-8.25
(8-8.50) etc.

Stuttgart, 10. Febr. (Häuteverfeinerung.) Die Verfeinerung am
12. Februar, beginnt um 9, Uhr mit dem Ange-

bot der Rohstoffe, etwa um 10, Uhr folgen Großschlehdre; bei re-
emäßigen Ablauf wird die Verfeinerung mit Hommeschen be-
schlossen. Das Aufgebot beträgt rund 14800 Großschlehdre, gegen
21300 Kalfische und 41450 Hammefelle. Der Verkauf erfolgt zu
den bekannten Verkaufsbedingungen der Interessengemeinschaft deut-
scher Häuteverfeinerer vom 2. Januar 1920. Die folgende Verfeine-
rung ist auf Mittwoch, 12. März, festgelegt worden.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 10. Febr. Im Anschluß an die Ereignisse der
letzten Zeit, die zum Eintritt der Deutsch-demokratischen Par-
tei in die württembergische Regierung geführt haben, hat der
Vorsitzende der deutsch-demokratischen Landtagsfraktion am
Entschluß vom Vortag gewartet. Der „Neubacher“ schreibt
hierzu, daß die deutsch-demokratische Landtagsfraktion ihren
Vorhaben einstimmig gebietet hat, von diesem Vorhaben
abzugehen. Die Bitte um Weiterführung des Vortages war
begleitet von einer Kundgebung vollen Vertrauens und voller
Zufriedenheit für die jahrelange, ausdauernde, hingebende und
selbstlose Arbeit und Führung der Fraktion. Die endgültige
Entscheidung wird in einer weiteren Fraktionssitzung getroffen
werden, die demnächst stattfindet.

Stuttgart, 10. Febr. Bei den Abstimmungen im Reichsrat
für den Youngplan hat Württemberg bekanntlich den Young-
plan zugestimmt. Hierzu schreibt die „Süd. Zeitung“, daß die
beiden deutsch-nationalen Minister in Württemberg, Dr. Ba-
llie und Dr. Dehlinger, selbstverständlich gegen die Annahme
des Youngplans waren und das auch im Kabinett entsprechend
zum Ausdruck gebracht haben. Das Blatt behauptet, daß sich die
ablenkende Stellungnahme der beiden deutsch-nationalen Mini-
ster bei den jetzigen Reichstagsverhandlungen in Württemberg
nicht auch im Reichsrat auswirken konnte, insbesondere auch
deshalb, weil Bayern, obwohl dessen führende Regierungspar-
tei mit in der Reichsregierung sitzt, sich bei der Abstimmung
der Stimme enthalten hat.

München, 10. Febr. Hitler erlöst im „Völkischen Beobachter“
einen Aufruf, in dem er mitteilt, daß es der Nationalsozialistischen
Partei unmöglich ist, die Reichsregierung der Parteiinhaber neu
unterzujagen. Die Nationalsozialisten seien allein auf ihre Köpfe
angewiesen. Die Partei sei deshalb gezwungen, eine eigene Sicher-
heit zu schaffen und muß den Beitritt und die Vertragsabnahme zu
ihrer S.-U.-Verficherung für alle Parteimitglieder, also auch die Nicht-
aktivisten, als Parteipflicht erklären.

Dornstadt, 10. Febr. Der in Dornstadt verhaftete Mann, der
der Mord an dem in der Gegend von Darmstadt begangenen
hohen will, ist wahrscheinlich der Gutsbesitzer Ludwig Koeber aus
Schwelmert, der 1920 in Darmstadt in Untersuchungshaft war. Er
hatte sich damals beurlaubt, einen jungen Mann getötet und in der
Nähe des Odenwaldes Geisteskrank verhaftet zu haben. Seine
Angaben hatten sich als Lüge herausgestellt.

Köln, 10. Febr. In Hürth (Kreis Eifel) wurden heute
auf der 3-De „Sophia Jakob“ durch Zerschlagen einer Straße
sechs Bergleute erschossen. Drei von ihnen konnten nach angestrengten
Bergarbeiten unversehrt geborgen werden. Der vierte Bergmann
stieß durch Kopfverletzung mit, daß er leicht verletzt sei. Das Rettungs-
werk wird unter Aufsicht der Bergwerksbehörden mit größtmöglicher
Beschnelligung von zwei Seiten aus betrieben. Unter dem Schutze
des fünften und sechsten Bergmannes herrscht noch Unruhe.

Berlin, 10. Febr. Bei der ersten Lesung der Finanzreform im
Reichstag werden für die Sozialdemokraten der Abgeordnete Dr.
Berthold, für die Deutschnationalen Abg. Dr. Quast, für die Deut-
sche Volkspartei Abg. v. Heilmann, für das Zentrum Dr. Bräunig,
für die Demokraten Abg. Dersburg, für die Kommunisten Abg. Hal-
mann und für die Christlich-Nationalen Professor Heilich sprechen.

Berlin, 10. Februar. Die Reichstagsfraktion der Deutschen
Volkspartei beschloß heute gleichfalls eingehend mit den dringenden
Finanzfragen, ohne Beschlüsse zu fassen. Zur Frage der geplanten
Dienstreueerhöhung wird betont, daß die Fraktion eine solche Er-
höhung noch nie vor obliegt und auch zu keinem Kompromiß
in dieser Frage bereit sei.

Berlin, 10. Februar. Die Voruntersuchung gegen die Brüder
Schloer dürfte noch Ende dieses Monats abgeschlossen werden. Wann
die Hauptverhandlung gegen die Schloers und ihre Mitbeschuldigten
hinführen wird, steht noch nicht genau fest. Man rechnet damit,
daß frühestens im August die Hauptverhandlung beginnen wird, be-
stimmte bis sechs Monate dauern dürfte. Die Rechtsanwälte der Schlo-
ers wollen nach Abschluß der Voruntersuchung, also noch Ende
dieses Monats, einen Antrag auf Haftentlassung für die drei Brüder
Schloer stellen.

Berlin, 10. Febr. Die Fraktionen der Regierungsparteien be-
schloßen sich gestern mit dem neuen Plan, dessen Annahme als ge-
wisser gilt. Eine Gefahr besteht aber für das Polen-Abkommen.
Der Beitritt des Zentrums für die Finanzreform wird in Reglerange-
kreisen als ernste Gefahr für die Koalition betrachtet.

Berlin, 10. Febr. Der Reichstagsrat der Deutschen Volkspar-
tei, der bekanntlich seinerzeit wegen des Todes des Reichsaussen-
ministers Dr. Stresemann abgelöst werden mußte, wird nunmehr vorur-
teillich am 23. März in Mannheim stattfinden. Am Tage vorher
lagt wie üblich der Zentralrat der Partei.

Berlin, 10. Febr. Heute mittag wurde in ihrer Wohnung in
der Chausseestraße 16 die 33jährige Frau Anna Böker tot aufge-
funden. Die rätselhafte Lage der Leiche läßt darauf schließen, daß
die Frau den Tod von fremder Hand gefunden hat. Daraufhin
wurde die Mordkommission alarmiert.

Wiesbaden, 10. Febr. Der Landtag von Schaumburg-Lippe
hat mit 10 gegen 5 Stimmen in zweiter Lesung den Anschluß an
Preußen angenommen.

Hamburg, 10. Febr. Der von Ostfriesland auskommende Dampf-
schiff „Katharina“ wollte bei der Rückkehr nach Hamburg die zur
Auffahrt im Hafen ankommenden Schlepper „Fischer V“ vom Bug
aus eine Schiffsverletzung an Bord geben. Dabei wurde der Schlepper
von dem Schlepperschiff überrollt und unter Wasser gedrückt. Der
Schlepper liegt jetzt im Fohrenort auf Grund, und die Rettungsar-
beiten sind im Gange. Es ist zu erwarten, daß von der Schlepperbesatzung ein oder
zwei Mann vermißt werden.

Frankfurt a. O., 10. Februar. Seit dem 8. Februar wird der
64jährige Oberstele Oberregierungsrat Otto Broch ermordet. Man hat
bisher keine Anhaltspunkte für seinen Verbleib.

Wien, 10. Febr. Von den Opfern der Benzolergiftungskata-
strophe in der Gammfabrik von Dr. Hoernes in Wiener Neustadt
sind heute die 13jährigen Arbeiterinnen Julia Hönig und Marie
Winkl nach schwerem Leiden gestorben. Damit hat das Unglück nun
sechs Todesopfer geerntet.

Wien, 10. Febr. In der Nähe von Laibach in der Krain stürzte
ein Autobus, der mit 20 Personen besetzt war, infolge Versagens der
Steuerung in eine Schlucht. Der Autobus überschlug sich mehrerer-
male und wurde vollkommen zerstört. Sieben Passagen wurden
getötet und drei schwer verletzt.

Konno, 10. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist Son-
ntag in der Staatsmühle Olan in Koffow am Don ein Großfeuer
ausgebrochen, das zu einer Ammonitexplosion führte. Nach dem bis
jetzt vorliegenden amtlichen Meldungen wurden sechs Personen ge-
tötet, elf schwer und sieben leicht verletzt.

Bulle, 10. Febr. Der deutsche Staatsangehörige Koch und ein
20jähriger Schweizer, beide in Louanne wohnhaft, unternahmen zu-
sammen eine Schifffahrt auf den Rhocon. Auf der Tour wurden sie
von einer Lawine überrollt. Koch konnte sich herausarbeiten und
Hilf herbeiholen. Es gelang der Hilfskolonne, auch den Schweizer
zu bergen, doch blieben bei diesem alle Wiederbelebungsversuche
erfolglos.

Brüssel, 10. Febr. Der Ministerrat hat dem Gesandten
gestimmt, der die Billigung der Young Abkommen enthält. Er wird
nunmehr dem König unterbreitet werden.

London, 10. Febr. Ein französisches Verkehrsflugzeug, Type
Cocath, welches Paris am Donnerstag verlassen hatte, stürzte bei
Warden (Grafschaft Kent) ab und verbrannte. Zwei Passagiere wur-

den getötet, der Flugzeugführer schwer verletzt. Der Bordmechaniker,
der Stuant und andere Fahrgäste kamen mit leichten Verletzungen
davon.

London, 10. Febr. Die Admiralität erhielt aus Bergen die Nach-
richt, daß an der norwegischen Küste zwei Rettungsgeräte mit dem
Namen des britischen Fischdampfers St. Paulus gefunden wurden.
Dieser hatte Anfangs Januar mit einer Besatzung von 16 Mann
Hull verlassen; da man seitdem keine Nachricht von ihm erhalten hat,
wird befürchtet, daß er mit der germanischen Besatzung gesunken ist.

Die „Badische Presse“ zum Polen-Abkommen.

Karlsruhe, 10. Febr. Zum Polenabkommen veröffentlicht
die in Karlsruhe erscheinende „Badische Presse“ einen Berliner
Brief, der ihr von einer Seite zuging, die sich mit der Frage
beschäftigt hat. Der Artikel wirt die Frage auf: Was wäre
passiert, wenn Deutschland das Liquidationsabkommen nicht
abgeschlossen hätte? Die Antwort lautet: Es wäre dann
mit folgendem zu rechnen: Polen hätte den Youngplan nicht
akzeptiert. Polen hätte den letzten Rest des deutschen Groß-
grundbesitzes liquidiert. Ferner hätte dann damit gerechnet
werden müssen, daß Polen das Wiederkaufrecht rückwärtslos
gegen die 12000 Besitzer von deutschen Rentengütern angewen-
det hätte. Das Blatt führt dann fort: Man sei überzeugt,
daß es besser sei, durch vertragmäßige Bindung Polen des
Handwerks zu erheben, statt auf ungesicherten Rechtsposi-
tionen sitzen zu bleiben. Es wird unterstrichen, daß aus den
Erklärungen der maßgebenden Staatsmänner hervorgehe,
daß ein Kurswechsel in unserer Schicksale an den maßgebenden
Stellen nicht beabsichtigt sei.

Baden hat 75 000 Unterstützungsempfänger.

In der Zeit vom 29. Januar bis 5. Februar hat sich in
der Entwicklung der Arbeitsmarktlage noch keine Verbesserung
ergeigt; die Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung
ist nochmals angelegen. Der Stand an unterstützten Arbeits-
losen war am 5. Februar folgender: In der veränderungs-
mäßigen Arbeitslosenunterstützung 115 143 Personen (100 541
Männer, 14 602 Frauen), in der Kränkunterstützung 12 672
Personen (8 645 Männer, 2727 Frauen). Die Gesamtzahl der
Unterstützten liegt um 307 Personen, oder um 3,2 Prozent,
von 123 718 Personen (106 692 Männer, 17 026 Frauen) auf
127 715 Personen (110 386 Männer, 17 329 Frauen). Auf
Württemberg kamen hieran 22 501 gegen 20 330 und auf
Baden 75 414 gegen 73 988 am 29. Januar 1920. Im Ge-
samtbetrag des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen
am 5. Februar auf 1000 Einwohner 2,1 Hauptunterstützung-
empfänger gegen 2,7 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Explosion auf dem Hamburger Markt.

Hamburg, 10. Febr. Am Samstag abend flog ein mit
unbekanntem Anfall auf dem hiesigen Markt zwei eiserne
Deckel des Kabelschadtes einer Startstromleitung in die Luft.
Gleichzeitig schoß eine hohe Stichflamme empor. Die eiserne
Deckel zerbrachen beim Wiederschlagen in zahlreiche Stücke. 5
Personen, die sich in der Nähe befanden, wurden durch die
Stichflamme und die Sprengflamme nicht unerheblich verletzt,
darunter 2 Frauen. Ein Chauffeur wurde von dem gewaltigen
Aufdruck erfaßt und quer über seinen Wagen geschleudert. Der
Wagen wurde beschädigt. Wie durch ein Wunder kam eine
Gemeinschaftlerin, die an der Explosionsstelle gestanden hatte,
mit dem Leben davon. Sie hatte gerade auf wenige Minuten
ihren Stand verlassen, als dieser samt ihrem Gemütsorgan
in die Luft flog. Durch die Explosion wurde in dem elektrischen
Kabel Kurzschluß hervorgerufen, so daß ein Teil der Stadt
in Dunkel geriet. Die Explosion ist auf Entzündung
von Gasen zurückzuführen, die sich in dem Kabelschacht an-
gesammelt haben.

Schaumburg-Lippes Anschluß an Preußen.

Hannover, 10. Febr. Im Schaumburg-Lippeschen Landtag
wurde heute in zweiter Lesung der Anschlußvertrag mit Preu-
ßen mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit angenommen.
Der Vertrag ist entgegen der ursprünglichen Absicht Preußens,
in einigen Punkten doch noch zu Gunsten von Schaumburg-
Lippe geändert worden, hat aber trotzdem in Lippescher nicht
die volle Sympathie gefunden. Die Sozialdemokraten erklärten
aber, daß sich die Fraktion habe überzeugen müssen, daß von
Preußen weitere Zugeständnisse nicht zu erweilen seien. Nach
längerer Aussprache kam es heute abend zu einer Abstimmung.

Was Frankreich an seinen Spielhöhlen verdient. Während
die Spieler an den grünen Tischen der französischen Kasino-
bald gewinnen, bald verlieren, gewinnt das französische Finanz-
ministerium stets. Nach der neuesten Statistik wurde im ver-
gangenen Jahr an den 100 in Frankreich eingetragenen Spiel-
banken die Summe von 68 Millionen R.M. den Spielern
abgenommen, wovon Steuern in Höhe von fast 13 Millionen
dem französischen Staatsfiskus zufließen. An der Spitze steht
Le Touquet mit fast 10 Millionen R.M., dann kommt Cannes
mit 8,6 Millionen und dann die vornehmste französische Spiel-
höhle Deauville mit über 7 Millionen R.M. Rizza steht bis
jetzt erst an vierter Stelle, dürfte aber bald alle anderen
überflügeln, da ein neuer großartiger Spielplatz von einem
amerikanischen Millionär geschaffen wurde. Monte Carlo,
das ja nicht zu Frankreich, sondern zu Monaco gehört, hat im
vergangenen Jahr einen Gewinn von 12,5 Millionen R.M.
abgeworfen.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die
Schriftleitung nur die verfassungskonforme Verantwortung.)
Verabschiedung des Reichsbankgesetzes. In kurzer Folge
wurde der Reichsbankgesetz im Hinblick auf die wirtschaftliche
Notlage mehrfach herabgesetzt. Das Geld ist also billiger ge-
worden, aber die Verbilligung hat sich bis zum Kreditnehmer
im allgemeinen noch nicht ausgewirkt. Namentlich die
kleineren Geldinstitute und davon die Sparkassen vom Lande
nehmen von dem Rückgang der offiziellen Zinssätze gegenüber
den Kreditnehmenden wenig Notiz, so daß hier noch immer
sehr hohe Zinsen gezahlt werden müssen, die umso mehr
drücken, weil es sich um wirtschaftlich schwache Kreise handelt.
Während die Banken ihren Apparat vereinfacht haben, ist die
Vereinfachung bei den Sparkassen meist unterblieben.
Dabei aber muß nach dem Rechten gesehen werden, weil
sonst die Ermäßigung der Zinssätze der Reichsbank ins-
gesamt gemacht wird. Es wäre hier für die Generalsparkassen
und besonders für deren Vertreter im Reichsrat ein dau-
haftes Betätigungsfeld! Auch auf weitere Ermäßigung der
Zinssätze der Reichsbank ist zu dringen, zumal ihr Stand zu
einer solchen Maßnahme im Interesse unserer notleidenden
Wirtschaft alle Veranlassung bietet.

Briefpapier

in Kassetten sowie in Blockform und Mappen
in schöner Ausführung empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhdg., Inh. D. Strom.

Für den Vertrag stimmten die 8 Sozialdemokraten, der Demokrat Breitenauer und der Volksparteiler Niebe. Die 5 rechts-
 lebenden Abgeordneten stimmten gegen den Vertragstext.
 Die dritte Lesung dürfte in einigen Tagen stattfinden, da sich
 Breitenauer bekanntlich nur bis zum 15. Februar an seine
 Beschlüsse gebunden hält.

Forderungen der Grünen Front.

Berlin, 10. Febr. Die Notlage der deutschen Landwirtschaft hat die Führer der Grünen Front, die Herren Brandes,
 Schiele, Derms und Febr, veranlaßt, in einem gemeinsamen
 Schreiben vom 9. Februar 1930 einen Appell an den Reichs-
 ernährungsminister zu richten. In dem Schreiben werden
 u. a. zur Behebung der Absatzkrise auf dem Roggenmarkt Pro-
 sierung der Meiseinfuhr, Maßnahmen zur Magaziniierung und
 Exportförderung und schließlich Erhöhung des Einfuhrschlei-
 nwertes für Roggen gefordert. In den Verhandlungen mit
 Polen wird betont, daß diese nur dann Wert hätten, wenn
 es gelänge, bis zum 10. Februar zu einem endgültigen Ab-
 kommen mit Polen zu kommen, das die deutschen Interessen
 voll wahren. Das Schreiben schließt: „Zum Schluß möchten
 wir unserer größten Besorgnis darüber Ausdruck geben, daß
 ein weiteres Verschleppen die leider fortschreitende Abwärt-
 sierung in der Landwirtschaft fördert und es den besonnenen
 Elementen immer mehr erschwert, sich dieser Tendenz entgegen-
 zustellen. Die weitere Verschärfung der landwirtschaftlichen
 Lage müßte, ob die Wirtschaft es will oder nicht, schließlich dazu
 führen, daß monopolartige Regelungen mit Hilfe des Staates
 unumvermeidlich werden, gegen die gerade Sie, Herr Minister,
 immer die stärksten grundsätzlichen Bedenken geäußert haben.“

Verwendung von Sparanlagen zu Darlehen an Städte.

Berlin, 10. Febr. Auf Grund der Meldung, daß künftig 50
 Prozent der neuen Sparanlagen zu Darlehen an Städte ver-
 wendet werden sollen, insbesondere zur Umwandlung kurzfristi-
 ger Anleihen in langfristige Kommunalanleihen, wurde in einer
 kleinen Anfrage der deutschnationalen Volkspartei das Staats-
 ministerium gefragt, ob es das Vorgehen des Stadttages
 billige. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat
 der preussische Minister des Innern geantwortet: „Das Vor-
 gehen des Deutschen Stadttages bezweckt, bestehende kurz-
 fristige Schulden nicht nur der Städte, sondern auch der über-
 liegenden Gemeinden und Gemeindeverbände in langfristige Ver-
 bindlichkeiten umzuwandeln; diese im Interesse einer Verbilli-
 gung und Festigung des Geldmarktes durchaus erwünschte
 Aktion werde von den übrigen kommunalen Spitzenverbänden
 unterstützt und könne auch seitens des Staatsministeriums nur
 auf das lebhafteste begrüßt werden. Die Anlage von Spar-
 einlagen in Kommunalanleihen sei eine wichtige Aufgabe der
 öffentlichen Sparkassen.“

Keine Aufhebung der Vermögenssteuer.

Berlin, 10. Febr. Eine kleine Anfrage der Reichspartei
 des Landtags hatte auf den Zusammenbruch der ver-
 schiedensten Unternehmungen des Gastwirtschaftsberufes hingewie-
 sen, wozu in größtem Maße die hohe Luftverkehrssteuer bei-
 getragen habe, und batte das Staatsministerium u. a. gefragt,
 ob es bereit sei, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken,
 daß die Luftverkehrssteuer aufgehoben bzw. abgebaut werde.
 Wie der Amtl. Preuss. Pressedienst mitteilt, hat der preussische
 Minister des Innern geantwortet, daß die Staatsregierung
 nicht anzuerkennen vermag, daß die in letzter Zeit zutage

getretene Notlage der Luxusgaststätten auf die Belastung durch
 die Vermögenssteuer zurückzuführen sei. Eine Aufhebung
 oder ein weitgehender Abbau der Vermögenssteuer kann bei
 der derzeitigen äußerst angespannten Finanzlage der Gemein-
 den und Gemeindeverbände nicht in Frage kommen.

Die Forderungen zum Neuen Plan.

Berlin, 10. Febr. In der Besprechung der demokratischen
 Reichstagsfraktion über die Younggeleihe kam zum Ausdruck,
 daß die Fraktion die schwere Belastung, die auch der Neue Plan
 für Deutschland bedeute, keineswegs verkennt. Andererseits
 aber fallen die Verbesserungen des Neuen Planes gegenüber
 dem Dawesplan für die Annahme entscheidend ins Gewicht. Die
 demokratische Reichstagsfraktion hat sich vorbehalten, zu ge-
 gebener Zeit Anträge in Verbindung mit den Vorschlagsmög-
 lichkeiten zu stellen, die in den Younggeleihe selbst vorhanden
 sind. Es handelt sich dabei insbesondere um Bestimmungen
 über die Reichsbahn und die Reichsbank. Die Fraktion be-
 schäftigte sich weiterhin mit dem deutsch-polnischen Liquida-
 tionsabkommen. Dabei wurde hingewiesen auf die Erklärungen
 des Finanzministers gegenüber den Fraktionsführern, daß der
 Polenvertrag, auch wenn gesetzlich keine Verbindung zwischen
 dem Neuen Plan und diesem Abkommen besteht, aus politischen
 Gründen gleichzeitig vom Reichstag angenommen werden muß.
 In der Beratung kamen erneut die Bedenken gegen diesen
 Vertrag zum Ausdruck, doch wurde darauf hingewiesen, daß
 es nach den letzten Verhandlungen gelungen ist, Verbesserungen
 zu erzielen. Entscheidend für die Stellungnahme der Fraktion
 zu diesem Vertrag ist aber vor allem, daß die Deutschen in
 Polen den Vertrag selbst wünschen, weil sie darin einen Schutz
 ihrer Existenz erblicken. Die Zentrumsfraktion des Reichstages
 beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Montag in erster Linie
 mit dem Problem der Sanierung der Reichsfinanzen. In
 Uebereinstimmung mit dem Fraktionsvorstand ist die Fraktion
 der einmütigen Auffassung, daß die mit dem Neuen Plan
 zusammenhängenden Geleihe erst verabschiedet werden können,
 wenn die mit der Sanierung der Reichsfinanzen in Verbin-
 dung stehenden Fragen gelöst sind. In der sozialdemokratischen
 Reichstagsfraktion schloß sich an einleitende Referate der
 Abgeordneten Breitscheid und Dery eine Diskussion. In ihr
 wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Staatsausgabe auch jetzt
 in dem völligen Ausgleich der Haushalts des Reiches, der
 Länder und der Gemeinden und der Aufrechterhaltung ihrer
 sozialpolitischen Verpflichtungen besteht. Wenn zur Erreichung
 dieses Zieles Steuererhöhungen unumvermeidlich sind, so müssen
 alle Schichten des Volkes, je nach ihrer Leistungsfähigkeit her-
 angezogen werden. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob
 es notwendig sei, im Jahre 1930 die Reichsschuld um 600 Mil-
 lionen zu senken, ob nicht vielmehr die Rückzahlung von 450
 Millionen nach der Vorschritt des Schuldentilgungsgeleihe ge-
 nüge. Die Deutung der Redebeträge der Arbeitslosenversiche-
 rung sei am besten durch die Erhöhung der Beiträge auf 1
 Prozent und durch Gewährung eines festes Reichszuschusses
 zu erreichen. Eine Younganleihe des Reiches bei der Sozial-
 versicherung für die Arbeitslosenversicherung führe zu einer
 Verknappung der Mittel für den Baustoffmarkt und zu einer
 Verschärfung der Sozialleistungen der ohnedies in schwieriger
 Lage befindlichen Sozialversicherung und begünstige deshalb
 den allerschwersten Bedenken. Von Reichstagen zu den Young-
 Geleihe und zum Etat wurde abgesehen. In Unterhandlung
 für die am Dienstag beginnenden interfraktionellen Verhand-
 lungen über die Gestaltung des Etats für 1930 wurden die
 Abgeordneten Großmann, Dery und Reil bestimmt.

Der Standpunkt der Großmächte in der U-Boot-Frage.

Paris, 10. Febr. Der Sonderberichterstatter der Agentur
 Dabas in London will auf Grund einer Umfrage die Stellung-
 nahme der verschiedenen Delegationen auf der Londoner See-
 abrüstungskonferenz zur Frage der U-Boote, die morgen
 eröffnet werden wird, skizzieren können. MacDonald werde
 entschlossen für die Abschaffung der U-Boote eintreten, während
 der amerikanische Marineminister Adams für die Vermehrung
 der U-Boote durch Anwendung des noch nicht
 ratifizierten Vertrages vom 6. Februar 1922 über die Ver-
 minderung der U-Boote plädiert werde. Marineminister Leygues,
 der seine Erklärung durch die französische Delegation
 habe billigen lassen, werde im Namen Frankreichs die Rück-
 zahlung der U-Boot-Boote im Zecknisse und ihre Notwendigkeit
 für die nationale Verteidigung darlegen. Er werde sich bereit
 erklären, die beiden ersten Artikel des Vertrages vom 6. Febr.
 1922 (Entscheidung über die U-Boote) anzunehmen. Bisher habe Frank-
 reich die Ratifizierung dieses Vertrages abgelehnt, weil sein
 Artikel 4 im Widerspruch zu den vorausgehenden jegliche Ver-
 minderung der U-Boote zur Zerstörung der Handelschiffe zu
 unterbinden lehnte. Das sei aber nach Ansicht der französischen
 Marine eine durchaus nichtwünschenswerte Einschränkung. Dagegen
 werde der französische Minister als Schlussfolgerungen seiner
 Erklärungen einen Resolutionsentwurf vorlegen, der bezwecke,
 in Zukunft die Anwendung von U-Boot-Kriegsmethoden, die
 dem Völkerrecht zuwiderlaufen, zu vermeiden. Der Vertreter
 Italiens, Grandi, werde sich grundsätzlich für Abschaffung der
 U-Boote aussprechen, aber die gegenwärtige Unmöglichkeit
 einer derartigen Regelung anerkennen. Der Vertreter Japans
 endlich wird einen ähnlichen Standpunkt wie Marineminister
 Leygues einnehmen, d. h. Beibehaltung der U-Boote und Regu-
 lung ihrer Verwendung.

Verhaftung des Sowjet-Gesandten.

New York, 10. Febr. Auf Anordnung des mexikanischen
 Kriegsministeriums wurde in Veracruz der sowjetrussische
 Gesandte in Mexiko, Nafar, verhaftet. Die Inhaftierung soll
 bis zur vollständigen Aufklärung des Anschlages auf den mexi-
 kanischen Präsidenten Ortiz Rubio aufrechterhalten bleiben.
 Die Behörden nehmen an, daß der Sowjetgesandte von dem
 Anschlag vorher Kenntnis habe. Bei der Durchsicherung des russi-
 schen Gesandtschaftsgebäudes in Mexiko-Stadt wurde ein An-
 gestellter mexikanischer Nationalität verhaftet. Nafar und
 seine Frau waren bereits am Samstag in Veracruz eingetrof-
 fen, von wo aus die Reise über Frankreich nach Sowjetrußland
 vorbereitet war. Trotz Protestes wurde das ganze verhaftete
 Diplomatengepäck geöffnet und aufs genaue durchsucht.

Der Alkoholschmuggel in den Vereinigten Staaten.

Chicago, 10. Febr. Die Bundesbehörden haben eine um-
 fangreiche Organisation von Alkoholschmugglern entdeckt, deren
 Bezugsquellen von Küste zu Küste reichen. Hierüber berichtet
 die Zeitung „Derald Examiner“: „Es handelt sich um die um-
 fangreichste Organisation von Alkoholschmugglern, die seit Ein-
 führung der Prohibition aufgedeckt worden ist. Die Schmuggler
 bildeten einen Ring vom Atlantischen bis zum Stillen
 Ozean. Ihr Hauptquartier war Chicago. Mehr als 150 Per-
 sonen sind in die Angelegenheit verwickelt. Außer den 150
 Personen werden 31 Gesellschaften beschuldigt, gegen das
 Prohibitionsgesetz verstoßen zu haben. Ein Betrieb erhielt
 45000 Hektoliter Alkohol von der Regierung zum denaturieren
 überwiefen, aber der Alkohol wurde zu Trinkzwecken verwendet.“

Bezugs-
 monatlich in 9
 1.50. Durch
 im Orts- und O
 archiv, sowie
 ul. Berk. 1.18
 rellage. Pre
 10 f.
 In Fällen hoh
 besteht kein An
 Lieferung der Z
 auf Rückzahlun
 Bezugs-
 Bestellungen
 Poststellen,
 uren u. Aus
 jederzeit
 Fernsprecher
 O. W. Speckel

Stuttgart, 10.
 Anschlag des Kan-
 gaben. Eine lang
 der Lichtspielthea
 geschäftigen Tage
 lustig aufgehoben
 Volkshaus. Die
 für eine Ausbeu
 Sozialdemokraten
 hebung Redner de
 sozialisten. Ein
 die Eingabe des
 Staatsministerium
 gabe des Evang.
 wurde angenommen
 5. Febr. (2. Jhr., 1.
 1. Jhr.). Eine
 Erhöhung der Mi
 trag des Vertrie
 geben.

Inkognitio Ber
 Stuttgart, 10.
 Vorstände- und
 partei des Bezirks
 mirlicher Dr. Wege
 in der württemb
 einigen Tagen er
 fertigung für die
 Zahlen. Zeitgeda
 der Interessens
 und Stetigkeit üb
 gen. Das Wesen
 Parteien; sei der
 auf Einzelpunkte
 habe gleich einige
 An erster Stelle
 Landessteuerordn
 diesen Tagen so
 Ehren, aber man
 haus und bei den
 botene Maßhalten
 des Gesetzes, daß
 und Körperrechts
 Aufkommensortes
 gerecht Urteilende
 eines Unternehme
 am Orte des Unte
 Ergebnis der Zusa
 hat bestehende R
 nehmens (Arbeits
 Das also für die
 als der Anstimm
 sen, sei unbekreit
 In welchem Aus
 politisch beachtl
 Volkshaus. Die
 Frage, vor dere
 stellt sehr. And
 auf den vom St
 Landeshaushalt
 geplanten Verfa
 und westanschau
 machen; es se
 rungen Reform
 Reform der Leh
 freundlich gege
 durch finanzielle
 Wohlgefühles im
 Sinne bezweifelt
 gleich schon jet
 haben. Die neu
 des statlichen Ru
 Boden verdienen
 allen verantwortl
 delt werden, die
 Gehalt der Meie
 erhalten.

Zwangs-Versteigerung.
 Am Mittwoch den 12. Februar 1930, nachmittags
 3 Uhr, kommen im Zwangswege in Birkenfeld gegen
 Barzahlung zum Verkauf:
 1 Schreibtisch, 1 Chaiselongue und 1 Sofa.
 Zusammenkunft am Rathaus in Birkenfeld.
 Hilfenbrand, Gerichtsvollzieher.

Nutzholz-Versteigerungen
 des Forstamts Langensteinbach:
 1. Mittwoch, 19. Februar, 9 Uhr, Rathaus in Langen-
 steinbach: aus Dist. Dohberg, Köpfe, Steinig, Rappen-
 busch, Hermannsgrund und Winterhalde: 329 Festm.
 Forlen (darunter schönes Glaserholz) und Lärchen,
 61 Fm. Fichten- und Tannen-, 27 Fm. Eichen, 45
 Festmeter Buchen-Stammholz.
 2. Donnerstag, 20. Februar, 9 Uhr, Gasthaus zum
 Remlinger Hof (Bahnhof) in Wilferdingen: aus
 Dist. Buchwald: 269 Fm. Forlen (darunter schönes
 Glaserholz) und Lärchen, 18 Fm. Fichten, 40 Fm
 Eichen, 7 Fst. Buchen, 16 Fst. sonstiges Laub-
 Stammholz (E., B., Ah., Al., Ul., Kirsch). Mög-
 lichen durch das Forstamt.

Zwangs-Versteigerung.
 Am Mittwoch den 12. ds. Mts. verkaufe ich öffentlich
 gegen Barzahlung
 1 Reanmantel.
 Zusammenkunft beim Schulhaus in Pfingweiler vor-
 mittags 8 Uhr.
 Ferner in Conweiler:
 1 Sofa, 1 Registrierkaffe, 2 Herrenfahräder und
 1 Damenfahrad.
 Zusammenkunft beim Rathaus vormittags 1/2 12 Uhr.
 Gerichtsvollzieher: J. W. Weidenbach.

Bettfedern, Daunen
 kauft man nur in einem reellen Geschäft, das großen Umsatz hat.
 Ich liefere prima
 doppeltgereinigte, haubfreie Ware, Pfund einzeln verpackt,
 netto Gewicht zu Mark 0.95, 1.50, 2.00, 2.50, 3.00,
 3.50, 4.00, 4.50, 5.00, 5.50.
 Daunen, wundervoll füllend, grau und rein weiß, Pfund zu
 Mk. 7.50, 9.00, 12.00, 15.00.
 Insekt, garantiert federdicht und farbecht, 80 Cm. breit
 Nr. 1.95, in 130 breit 3.00.
 Bettlucher, prima Haustuch, 150/225 groß, mit Hohlbaum,
 Stück 3.95 und 4.50.
 Dieselben in schwerer Halbkleinen, Stück 6.75.
 Versand gegen Nachnahme. — Bei Mk. 20.— portofrei.
 Bei Mk. 30.— einen 90% verminderten Löffel gratis.
 Johann Krefel, Pforzheim, Genossenschaftsstr. 11,
 Aussteuerer, Trikotagen, Manufakturwaren, Bettfedern.

**W. Forstamt
 Herrenalb-West.**
**Nadelholzstangen-
 Verkauf**
 am Mittwoch den 19. Febr.
 1930, vormittags 10 Uhr, in
 Herrenalb im Hotel „Wald-
 horn“ aus Staatswald II. Abt.
 11 Oberes Hedenröckle, 24
 Marienweg und 29 Rennberg:
 Bauftangen: 20 I*, 120 I,
 460 II., 750 III., 100 IV.,
 1450 V. und Hopfenstangen:
 1000 I., 1700 II., 1800 III.,
 2400 IV. Kl. Kleinstangen
 (Bohnenstrecken) I.—III. Kl.:
 5000 Stück.
 Los-Verzeichnisse durchs
 Forstamt.

Stadelmann S
**Photo-
 Atelier
 Birkenfeld**
 Zweiggeschäft Neuenbürg
 Sonntags von 11—1 Uhr
 Mittwochs von 1—4 Uhr
 Anmeldung erwünscht

Birkenfeld,
Mist gegen Stroh
 zu tauschen.
 Zu erstagen bei
 Karl Roth,
 Kirchweg 40.
 Gräfenhausen.
 Cirka 25 bis 30 Zentner
 gutes
**Klee- und
 Wiesen-Heu**
 zu verkaufen
 Hans Nr. 24.

Neuenbürg.
Morgen

Schlachtpartie
 bei
Reck & „Eintracht“.
 Birkenfeld.

Jeden Dienstag
 frische Schweinsfüße,
 Schwänze und
 Rückgratnochen,
 Pfund 50 Pfg. zu haben
 bei
 Franz Haberstroh,
 Kirchweg 126, Steinbruch.

Calmbach.
Verlaufen
 hat sich in Neuen-
 bürg mein Salz-
 und Pfeffer-
 Schwanzer, auf
 den Namen „Peter“ hörend
 Futtergeld und Belohnung
 dringenden, der mir denselben
 bringt oder meldet.
 Th. Hg. z. „Hirsch“.

Weggugshalber verkaufe ich
 in Grunbach ein
 zweistöckiges

Bohnhaus
 mit je einem Garten.
 Ernstgemeinte Liebhaber
 wollen sich direkt an mich
 wenden.
 Emil Kusterer.
Bisiten-Karten
 E. Neeh'sche Buchdruckerel.

Neuenbürg, 10. Febr. 1930.
Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
 beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen
'Susanne Schoch,
 für die vielen Kranzpenden und für die Be-
 gleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen innigen
 Dank
 die trauernden Hinterbliebenen.

Bahnhofswirtschaft Birkenfeld.
Voranzeige.
 Am Sonntag den 16. Februar 1930
 findet in meinen dekorierten Räumen

großer Kappen-Abend
 statt unter Mitwirkung des F.C.-Quartetts
 Birkenfeld. Anfang 5.31 Uhr. Ab 3 Uhr:
 Konzert.
 Gute Biere. Reelle Weine. Eigene Schlachtung.
 Es tabel höchst ein
 Jakob Gengenbach, Metzger.

Herrenalb. Hotel „Sonne“.
 Samstag den 15. Februar, abends 8.13 Uhr,
**Großer
 Masken-Ball.**
 Motto:
„Jahrmart in Herrenalb“.
 Kein Kostümwang. Eintritt frei.
 Hierzu lade ich die verehrliche Einwohnerschaft von
 Herrenalb ergebenst ein.
 Frau Otilie Gärtner.

Neuenbürg.
 Jüngerer ehlisches
Mädchen
 gesucht.
 Zu erfrogen in der Engländer-
 Geschäftsstelle.

Die Schöpfung
 reimm des viel
 Kustministers. da
 nle u. a. gefast
 Alles wegen zu e
 der Vereinigung
 Sie wird es tun
 fähigkeit des Lan
 naltung derselber
 Boden mit dem
 kulturellen Dinge
 an babische Erum
 belt 2 Hochschulen
 vielen Jahren des
 beginnt sich in der
 Fortbildungschul
 schulen sind in
 den 684 seit in
 hinsichtlich des K
 Jahren übernomm